

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. für Haus, bei Postbestellung 1,90 RM. jährlich 20 RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Anzeigen und Briefe bitte an die Redaktion, Wilsdruff, am Markt 10. Die Redaktion ist geöffnet von 9 bis 12 Uhr. Die Druckerei ist geöffnet von 7 bis 12 Uhr. Die Druckerei ist geöffnet von 7 bis 12 Uhr. Die Druckerei ist geöffnet von 7 bis 12 Uhr.



Angewandte Preise laut amtlichem Tarif Nr. 4. — Nachweilungs-Gebühr: 20 Pf. — Verordnungs-Entscheidungen und Beschlüsse werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen, die nicht innerhalb der ersten 10 Tage nach ihrer Veröffentlichung in der Zeitung erschienen sind, werden nicht berücksichtigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 152 — 94. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 3. Juli 1935

Führergedanke und Selbstverwaltung

Wir entnehmen diese Ausführungen des Staatssekretärs und Chefs der Reichsanleihe Dr. Hammerl einleitend die Grundlagen und Auswirkungen der neuen Gemeindeführungsverwaltung darstellenden Aufsatz aus dem Juliheft der „Europäischen Revue“.

Die Selbstverwaltung ist die Form der Verwaltung, die im besonderen Maße geeignet ist, den innigen Kontakt zwischen der Verwaltung und dem Volk zu herstellen. Durch diese Form der Verwaltung wird einmal die Verwaltung selbst durch die Kraftströme des praktischen Lebens immer von neuem befruchtet und ihre Abtupfung verhindert. Auf der anderen Seite ist sie ein hervorragendes Mittel, um im Volke den Gemeinsinn zu wecken, lebendig zu erhalten und zu vertiefen.

Es war der verhängnisvolle Irrtum des Liberalismus, daß Selbstverwaltung nur in der Form des Parlamentarismus möglich sei, sie also nur dann zur Entfaltung zu kommen vermöge, wenn die Masse der Regierten die Entscheidungen der Regierung selbst zu treffen habe. Der Irrtum, daß Selbstverwaltung und Parlamentarismus ein und dasselbe sei, war schließlich so weit gediehen, daß viele, als mit dem Nationalsozialismus der Führergedanke in Regierung und Verwaltung zum Durchbruch kam, das Ende der Selbstverwaltung überhaupst gekommen sahen.

Auch der Nationalsozialismus ist tief durchdrungen von der Wichtigkeit und der Bedeutung der Selbstverwaltung. Der Führer und Reichsminister hat als der Schöpfer des neuen Staates bei verschiedenen Gelegenheiten die Notwendigkeit der Erhaltung der Selbstverwaltung betont; denn in ihr wies er die Initiativekraft des Volkes in der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten aus; allein, die Selbstverwaltung dürfe unter keinen Umständen so wie früher dem zerplitterten Willen des Volkes und den streitenden Parteien ausgeliefert werden. Hieraus ergibt sich als eine der besonders wichtigen Aufgaben des Nationalsozialismus: die Synthese zwischen Führergedanke und Selbstverwaltung, die Verwirklichung des germanischen Prinzips des Eigenlebens einer Volksgemeinschaft unter einem aus ihr hervorgegangenen Führer.

Die Entscheidungen in der Verwaltung der Gemeinde werden entsprechend dem Führerprinzip einzig und allein durch den Bürgermeister getroffen. Er ist der Führer der Gemeinde. Soweit bisher Gemeindevertretungen, Ausschüsse usw. zu beschließen, Entscheidungen oder Wahlen zuständig waren, tritt an ihre Stelle der Bürgermeister. Er vereinigt Entschliessung und Ausführung der Entscheidung in seiner Hand. Diese Führerstellung des Bürgermeisters wird nicht dadurch beeinträchtigt, daß die Deutsche Gemeindeordnung bestimmte, einzelnen aufgezählte Entschliessungen zur Wahrung ihres Einflusses mit der Partei und mit den Zielen der Staatsführung an die Zustimmung des Beauftragten der NSDAP, oder an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde knüpft und für wichtige Entschliessungen zur Wahrung der Verbundenheit der Gemeindeverwaltung mit der Bürgererschaft eine vorherige Beratung des Bürgermeisters mit den Gemeinderäten vorschreibt.

Die Regelung der Bestellung des Bürgermeisters bietet die Gewähr, daß Führer der Gemeinde nur eine Persönlichkeit wird, die dem praktischen Leben nicht fremd gegenübersteht, aus dem Volk herankommt und das nationalsozialistische Gedankengut in der gesamten Gemeindeverwaltung verwirklicht. Der Bürgermeister ist nicht etwa ein über die Gemeinde gesetzter Staatsbeamter, sondern steht als Spitze der Gemeinde innerhalb der Gemeinde. Dem Beauftragten der Partei steht das Vorschlagsrecht für den zu ernennenden Bürgermeister zu. Die NSDAP, die an die Stelle der früheren Vielzahl der Parteien getreten ist, stellt heute den alleinigen politischen Willensträger des Volkes dar. Durch sie wird der politische Wille des Volkes, wie es früher durch die Parteien geschehen sollte, zum Ausdruck gebracht, jetzt allerdings nicht mehr in der chaotischen Zersplitterung der Meinungen, sondern ausgeglichen, gesichert und geordnet durch die eine Partei und ihren Beauftragten.

Das genossenschaftliche Element der deutschen Selbstverwaltung, die Mitwirkung der in der Gemeinde lebenden Bürger, wurde nach dem Vorbild des Preussischen Staatsrats in der Deutschen Gemeindeordnung verankert. Diese Mitwirkung besteht in der Beratung des Bürgermeisters durch die Gemeinderäte, Beiräte und die zu ehrenamtlicher Tätigkeit bestellten Bürger. Durch sie kommen die Wünsche, Auffassungen und Interessen der verschiedenen wirtschaftlichen, kulturellen und berufsmäßigen Gruppen zum Ausdruck. Andererseits haben sie den Maßnahmen des Bürgermeisters Verständnis in der Bevölkerung zu verschaffen, um dadurch eine ihrer Verbundenheit bewusste und vertrauensvolle Gemeinschaft zwischen Führung und Gefolgschaft zu sichern. Der Bürger wird tätig und nicht distanzierend eingegliedert. Die Gemeinderäte werden nicht wie bisher

Der Besuch des polnischen Außenministers.

Die polnische Presse spricht von Befestigung der gutnachbarlichen Beziehungen.



Oberst Bed. Dagenberg Bildarchiv.

Der Besuch des polnischen Außenministers Beck in der Reichshauptstadt findet in der polnischen Öffentlichkeit christliche Billigung. Der Minister wird von seiner Gattin, vom Rabinetschef des Außenministeriums, Grafen Lubianski, und von seinem persönlichen Sekretär begleitet. Nach dem Berliner Besuch wird sich Außenminister Beck, wie aus Warschau verlautet, mit seiner Gattin in einen deutschen Kurort begeben, wo Frau Beck einige Zeit zur Kur bleiben wird.

Die halbamtliche polnische Zeitung „Gazeta Polska“ gibt der Reise den Charakter eines Gegenbesuches zu dem Aufenthalt von Ministerpräsident Göring und Reichsminister Dr. Goebbels in Polen. Mit Rücksicht auf die polnische Nationaltrauer habe Minister Beck der deutschen Einladung nicht früher Folge leisten können. Der ebenfalls der Regierung nahe stehende „Krajan Kurier“ bezeichnet den Besuch als einen neuen Beweis der Stabilisierung der normalen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen.

In einem langen Telegramm aus Berlin berichtet der „Kurjer Poranny“: Auf deutscher Seite sehe man dem Besuch mit unverhohlener Genugtuung entgegen, vor allem deshalb, weil schon dreimal deutsche Minister in Warschau gewesen sind — Ministerpräsident Göring war zweimal in Warschau — und weil gerade diejenigen Minister, die dem Reichsminister am nächsten stehen, Gelegenheit hatten, persönliche Verbindungen mit polnischen Politikern anzuknüpfen. Man nehme in Warschau an, daß Oberst Beck in seinen Berliner Unterhaltungen nicht nur Angelegenheiten der Sicherheit Polens, sondern die Gesamtheit der laufenden politischen Fragen berühren werde. Die wichtigste Frage werde vielleicht der Spalt sein, der nach dem letzten Besuch Edens in Paris wieder in die diplomatische Unterhaltung zurückgekehrt sei.

Osterreich im tschechischen Fahrwasser.

Gemeinsame Verfolgung nationaler Deutscher.

Es verlautet, daß bei dem letzten Zusammenreffen zwischen dem österreichischen Außenminister Berger-Waldenegg und dem tschechoslowakischen Außenminister Beneš neben anderem auch die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit der österreichischen und tschechoslowakischen Polizeiorgane beschlossen wurde.

Diese Besprechungspunkte sollen bereits greifbare Formen angenommen haben. So wurde Ende Juni österreichischerseits der tschechischen Polizei der Entwurf eines Abkommens vorgelegt, demzufolge die tschechoslowakische Polizei angewiesen wird, alle österreichischen Staatsangehörigen, die die tschechische Grenze nach Deutschland überschreiten wollen und sich nicht im Besitz eines deutschen Einreisevisums befinden, anzuhalten und an Osterreich auszuliefern. Als Gegenleistung im Rahmen des erwähnten Abkommens können die tschechoslowakischen Behörden von seiten Osterreichs die Auslieferung tschechoslowakischer jüdisch-deutscher Militärflüchtlinge verlangen.

Neutralisierung Osterreichs?

Die Pariser Zeitung „Le Jour“ gibt eine Londoner Meldung wieder, wonach in den diplomatischen englischen Kreisen eine nichtamtliche österreichische Anregung lebhaft erörtert werde, die den tschechoslowakischen Vorschlag einer Neutralisierung Osterreichs nach schweizerischem Vorbild aufgreife.

In amtlichen englischen Kreisen erklärt man, daß England zwar bereit sei, alle Bemühungen zur Entspannung der Lage in Mitteleuropa diplomatisch zu fördern, daß England aber keinerlei Verpflichtungen übernehmen könne, die seine militärische Intervention vorsehen würde.

7000 polnische Rückwanderer.

Aus Frankreich treffen in den letzten Tagen fast fortgesetzt polnische Arbeitslose in Warschau ein, die aus Frankreich ausgewiesen sind. Im ganzen sind im Laufe der letzten Wochen 7000 Rückwanderer in Polen eingetroffen.

Gescheiterte Vermittlung im Abessinienkonflikt.

Verstimmung zwischen London und Rom — Wie verhält sich Paris?

Edens Mitteilung im englischen Unterhaus, daß er im Auftrage der britischen Regierung dem italienischen Regierungschef Mussolini erklärt habe, England sei bereit, Abessinien in Britisch-Somaliland einen Zugang zum Meer für den Fall einer gütlichen Beilegung des Konflikts zwischen Italien und Abessinien zu gewähren, sind in London wie in Rom mit lebhaftem Interesse aufgenommen worden.

Rom: Keinem Interesse dienend.

Die englischen Vorschläge, die, wie die italienischen Blätter schreiben, Mussolini mit Recht sofort abgelehnt habe, dienen nach Meinung der italienischen Zeitungen weder den Interessen Italiens, noch denen anderer Mächte. Der Plan, Abessinien durch Britisch-

Somaliland einen Zugang zum Meer zu geben, hätte, so meint man in Rom, der Bahnverbindung von Abdis Abeba nach Dschibuti in Französisch-Somaliland, auf die Abessinien in seinem Ein- und Ausfuhrhandel bisher allein angewiesen ist, das Wasser abgegraben.

London: Europäische Zusammenarbeit gefährdet.

In der englischen Presse haben die Erklärungen Edens und die Antworten des englischen Außenministers Hoare auf die Anfragen in englischen Unterhaus allgemeines Aufsehen und überwiegend scharfe Kritik hervorgerufen. Wie die Blätter melden, habe die große Mehrheit des Unterhauses während und nach der Sitzung ihrem unwilligen Erkennen über diesen Vorschlag Ausdruck gegeben.

von den Bürgern gewählt, sondern vom Beauftragten der NSDAP, im Benehmen mit dem Bürgermeister aus dem Kreis der Bürger nach nationaler Jübeligkeit, Verdienst und Sachkunde auszuwählen. Die als Berater in Aussicht genommenen Bürger müssen nicht Parteigenossen sein, in der Praxis wird es ihre Mehrzahl in der Regel sein. Durch die Tatsache, daß die Gemeinderäte nicht durch den Bürgermeister, sondern durch den Beauftragten der Partei ausgewählt werden, ist, wie bei der Berufung des Bürgermeisters, der Kontakt mit dem Kraftstrom des praktischen Lebens gegeben. Wollte ihres Handelns soll das vom Reichsführer vom Stein geprägte Wort sein: „Ihre Überzeugung vom gemeinen Besten ist ihre Inkarnation.“ Ein weiteres charakteristisches Merkmal jeder Selbst-

verwaltung ist das ehrenamtliche Element. Im Gegensatz zur liberalistisch-materialistischen Vergangenheit, in welcher Ehrenämter vielfach unter dem ausschließlichen Gesichtspunkt der Erlangung von Bezügen gewertet wurden, faßt die Deutsche Gemeindeordnung die ehrenamtliche Tätigkeit als uneigennütigen Dienst an der Gemeinschaft auf und baut diese Tätigkeit im Rahmen des Möglichen aus.

Der Nationalsozialismus wird unter dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, den Aufbau des rechten deutschen Staates Schritt für Schritt weiterführen und vollenden, des Staates, von dem G. M. Krudt sagte: Der Gerechte wird führen und der Freie wird gehorchen.